

# ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



## Inhalt

No. 16 / Juli 2010

- 1 Veranstaltung – Parliamentary Action to Ensure Aid Effectiveness
- 4 Arbeitsbesuch des mosambikanischen Parlamentsdirektors in Wien
- 5 Workshop in Paris über die Rolle von Parlamenten in der Entwicklungszusammenarbeit
- 6 Money matters! – Der Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs kommt nicht überraschend – budgetäre Vorsorge und strukturelle Begleitmaßnahmen zu den internationalen Zusagen wurden verabsäumt.  
Gastbeitrag von Michael Obrovsky, ÖFSE – Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung
- 7 3. Mitgliederversammlung der AWEPA-Sektion Österreich
- 8 AWEPA Seminar für Abgeordnete der SADC Region:  
„Beitrag von Parlamenten zur effektiven Entwicklungszusammenarbeit“

Drei Abgeordnete des mosambikanischen Parlaments mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Hon. Rui Conzane, Hon. Lucinda Malema und der Vizepräsident des mosambikanischen Parlaments, Hon. Viana Magalhães, nahmen vom 22. bis 24. Juni an einem Training im österreichischen Parlament teil.

### Veranstaltungsrückblick: “The new Aid Architecture: Parliamentary Action to Ensure Aid Effectiveness”

Am 24. Juni wurden im Rahmen einer Veranstaltung des Parlamentarischen Nord-Süd Dialoges neben einer Rückblende auf die letzten vier Projektjahre auch jene Möglichkeiten diskutiert, die Parlamente in den Geber- und Partnerländern haben, um zu einer effektiven Ent-

wicklungszusammenarbeit beizutragen. Als eine der zentralen Funktionen in diesem Zusammenhang wurde die **Kontrollfunktion des Parlaments** genannt, mit einem Verweis auf unabhängige Institutionen, wie beispielsweise den Rechnungshof, die entsprechend beitragen können, dass Parlamente diese Aufgabe erfüllen. In den Vorträgen wurde diese wichtige Zusammenarbeit unterstrichen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Parlamente der Partnerländer beim Aufbau notwen-

## Editorial



### Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

herzlichen Dank für die rege Beteiligung im Rahmen der Evaluierung unseres Projektes und die überwiegend positiven Rückmeldungen. Wir sehen das Ergebnis als Ansporn und bemühen uns, den parlamentarischen Nord Süd Dialog noch zu vertiefen und hoffen darauf, dass sich noch mehr Abgeordnete aktiv beteiligen.

Derzeit sind wir besorgt über angekündigte Budgetkürzungen im Rahmen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Nach den Mitte April veröffentlichten OECD-Zahlen für 2009 sind die Leistungen Österreichs für EZA gegenüber 2008 um 31,2% auf 842 Millionen Euro zurückgegangen. Österreich liegt somit mit Griechenland, Portugal und Italien an letzter Stelle in Europa. Im nächsten Budget sollen die Ausgaben für EZA erneut schrumpfen. Viele qualitativ wertvolle Projekte österreichischer EZA sind in Gefahr, nicht mehr finanziert zu werden und lokale Projektpartner werden um Entwicklungschancen gebracht. Dies ist absolut untragbar. Wie uns nämlich die derzeitigen Krisen zeigen, ist es letztlich effizienter, rechtzeitig problematischen Entwicklungen entgegen zu wirken.

Dabei geht der Rest Europas andere Wege. Zusammengefasst sind trotz Wirtschaftskrise die Beiträge für EZA in Europa gestiegen und mehr Länder erreichen 0,7% des BNE. Ich ersuche Sie deshalb, im Rahmen der Budgetdebatte die Forderungen der Bereitstellung der notwendigen Mittel für EZA und der Erstellung eines nationalen Aktionsplans zur EZA zu unterstützen, wie dies von der EU verlangt wird.

Ihre

NR a. D. Inge Jäger

diger Kapazitäten zu unterstützen. Dies sei eine der Kernaufgaben der Entwicklungszusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene. **Nationalratspräsidentin und Beiratsvorsitzende des Projekts „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ Barbara Prammer** erläuterte, dass auf vielen internationalen Konferenzen und auch innerhalb der IPU (Inter Parliamentary Union) immer wieder betont wird, dass die Parlamente in den Partnerländern in ihren Entwicklungen und bei der Ausübung ihrer Legislativ- und Kontrollfunktion unterstützt werden müssen. In der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Parlamenten sollte man sich auf diese Arbeit konzentrieren und dabei Rechnungshöfe und Volksanwaltschaften in den Austausch mit einbeziehen. Diese Möglichkeiten von Synergieeffekten auf bi- und multilateralen Ebenen sollten im Projekt verstärkt mitbedacht werden, genauso wie die international immer wichtiger werdende parlamentarische Diplomatie.

**Der Vizepräsident des mosambikanischen Parlaments, Viana Magalhães, dankte den Anwesenden für die Unterstützung seines Parlaments durch das Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ und bezeichnete die Zusammenarbeit als wesentlich für die Entwicklung und Stärkung der Demokratie in Mosambik.** Im Sinne der EU-Afrika Joint Strategie und der Pariser Erklärung ist die Partnerschaft

zwischen Parlamenten und die Institutionalisierung des Nord-Süd Dialogs ein wesentlicher Aufgabenbereich von Entwicklungszusammenarbeit. In den vergangenen Jahren gab es zahlreiche wichtige Aktivitäten innerhalb der Partnerschaft, beispielsweise Trainings für Abgeordnete und MitarbeiterInnen, die Unterstützung der IT-Infrastruktur durch Hardware, Schulungen und eine detaillierte Evaluierung, oder den Erfahrungsaustausch zwischen Österreich und Mosambik, der zu einer nachhaltigen Weitergabe von Wissen führt. Alles dies ist aus Sicht des mosambikanischen Parlaments eine starke Basis für eine Fortsetzung der Kooperation, in der weitere Herausforderungen angegangen werden können.

**NR a. D. Inge Jäger, die Initiatorin des Projektes „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“, und Jutta Kepplinger, Projektleiterin, sehen den Dialog zwischen Europa und Afrika und eine kohärente Politik als wichtige Voraussetzungen für Entwicklung und das Erreichen der UN-Millenniumsziele.** Beides ist in der Arbeit des Projektes verankert. Die positive Resonanz der Abgeordneten und BeamtInnen in Österreich und Mosambik, die in einer Projektevaluierung erhoben wurde, zeugen vom entwicklungspolitischen Mehrwert des Projektes, der durch die enge Kooperation mit **AWEPA (European Parliamentarians with Africa)** noch verstärkt wird. Der Aufbau und



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eröffnet die Veranstaltung  
Foto: HBF/Icha und Aigner

die Stärkung der AWEPA Sektion im Österreichischen Parlament ist eine der drei Säulen des Projektes, neben der Informationsarbeit für Abgeordnete und BeamtInnen des Österreichischen Parlaments durch Veranstaltungen und Publikationen und der Partnerschaft mit dem mosambikanischen Parlament, die sich v. a. auf den Wissenstransfer und -austausch konzentriert.

Die Präsidentin von AWEPA-International, die ehemalige belgische Abgeordnete Miet Smet, beschrieb Parlamente als zentrale Institutionen einer gleich gestellten Gesellschaft in der Werte wie Transparenz, Rechenschaftspflicht und Kontrolle als wichtig für die ökonomische und soziale Entwicklung eines Landes angesehen werden. Sie betonte die breite Unterstützung durch die zahlreichen AWEPA Sektionen in den europäischen Parlamenten, die sich aktiv für die Anliegen der parlamentarischen Zusammenarbeit mit Afrika einsetzen. Langjährige Partnerschaften seien ein Beweis, dass bereits viel Positives in den Ländern Afrikas erreicht werden konnte. AWEPA konzentriert sich in ihrer Arbeit dabei vor allem auf den **Demokratisierungsprozess**, der als Grundbaustein für Entwicklung angesehen wird. Entsprechend werden in den Programmen und Aktivitäten das vorhandene Wissen und die bestehenden Kapazitäten in den afrikanischen Ländern gefördert, unterstützt und ausgebaut. Wichtig ist für

die AWEPA Präsidentin der Respekt für Parlamente als Institution, der sowohl in Afrika als auch in Europa gestärkt und vehement eingefordert werden müsse.

Brendan Howlin, Vizepräsident des irischen Repräsentantenhauses, und Geoffrey Underhill vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung in Amsterdam, stellten ein Pilotprojekt zum ODA-Tracking (Overseas Development Assistance) vor, d.h. zur Nachverfolgung und Nachvollziehbarkeit der Unterstützungsleistungen im Rahmen der EZA. Gerade in Bezug auf die Kontrolle dieser Gelder und Leistungen sind Parlamente in einer bedeutenden Funktion. Entscheidend für diese Kontrolle und somit die gegenseitige Rechenschaftspflicht ist die Verfügbarkeit von diesbezüglichen Informationen. Im Pilotprojekt sollen Teams von Abgeordneten aus Geber- und Partnerländern diesen Informationsaustausch vollziehen und unterstützen.

In diesem Zusammenhang betonte Underhill aber auch, wie wichtig es ist herauszufinden, inwieweit die EZA-Programme der Geber und die Strategien der Partnerländer überhaupt mit den Bedürfnissen der jeweiligen Bevölkerung korrespondieren. Am Pilotprojekt nehmen Irland, Schweden, die Niederlande, Mosambik, Südafrika, Ghana, Tansania und Benin teil.

Robert Sattler von der Internationalen Organisation der Organe der Rechnungsprüfung (INTOSAI) betonte, dass der gemeinsame Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Prinzipien der Rechnungsprüfung allen Mitgliedern von INTOSAI nützt, wozu auch afrikanische Staaten zählen. U. a. nehmen Mosambik und der mosambikanische Rechnungshof an den Programmen und Trainings der 1986 von INTOSAI ins Leben gerufenen Development Initiative teil, die den Aufbau von Sach- und Personalkompetenzen durch Trainings, technische Assistenz oder Peer Reviews zum Inhalt haben. Auch Volksanwältin Gertrude Brinek vom Internationalen Ombudsman Boards stellte die Stärkung jener staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen, die für Transparenz und Informationsbereitstellung sorgen, als zentrales Anliegen des 1978 in Kanada gegründeten Ombudsman Board dar. Das Lobbyieren für unabhängige Verwaltungsorgane ist ein wichtiger Punkt für jede funktionierende Demokratie und deren Parlamentarismus.

Nationalratspräsidentin Prammer bedankte sich in ihrer Rede bei der ADA (Austrian Development Agency) und dem Land Oberösterreich für die finanzielle Unterstützung des Projektes Parlamentarischer Nord-Süd Dialog und schloss ihre Rede mit der Hoffnung auf eine Weiterführung der erfolgreichen Arbeit in den kommenden drei Jahren.



Dr. Robert Sattler von INTOSAI und Dr. Gertrude Brinek vom Internationalen Ombudsman Board.  
Foto: HBF/Icha und Aigner



NR Franz Glaser als Moderator des ersten Veranstaltungsteils mit dem Vizepräsidenten des mosambikanischen Parlaments, Hon. Viana Magalhães.  
Foto: HBF/Icha und Aigner

# Arbeitsbesuch des mosambikanischen Parlamentsdirektors

Auf Einladung der österreichischen Parlamentspräsidentin besuchten der mosambikanische Parlamentsdirektor, Ismael Baptista Machaieie, und Mr. Luis Júnior Dava vom 17. bis zum 19. Februar 2010 die österreichische Bundeshauptstadt Wien. Im Fokus des dreitägigen Arbeitsbesuches standen das E-Law System des österreichischen Parlaments sowie Möglichkeiten der Nutzung von bereits vorhandenen bzw. in kontinuierlicher Entwicklung befindlichen elektronischen Systemen des UNDESA-Programms für Afrika.

Dieser Besuch war eine Konsequenz der beiden MitarbeiterInnen-Trainings von mosambikanischen ParlamentsmitarbeiterInnen im Juni und November 2009, in denen sich herauskristallierte, dass das im österreichischen Parlament eingesetzte E-Rechts System von besonderem Interesse für das mosambika-

nische Parlament sein könnte, das sich beginnend mit der kommenden Legislaturperiode 2010 intensiver mit einer Modernisierung der Abwicklung legislativer Prozesse im eigenen Parlament auseinandersetzen möchte.

In intensiven Gesprächen und Vorträgen tauschte sich Herr Machaieie mit Dr. Günther Schebeck, dem Leiter der Abteilung Dokumentation, Archiv und Statistik, und Dr. Wolfgang Engeljehring, dem Leiter des Competence Centers, aus, wodurch sich relativ klar herauskristallierte, wie adaptierte österreichische Systeme in Mosambik eingesetzt werden könnten. In dieser Hinsicht bedurfte es allerdings noch vertiefender Gespräche, die Dr. Schebeck im März vor Ort in Maputo führte.

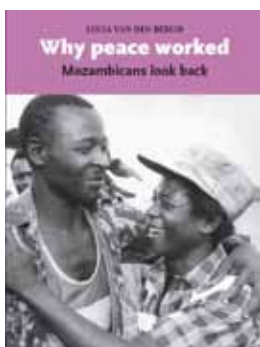
Weitere Programmpunkte des dreitägigen Aufenthalts waren Besuche der Öff-

entlichkeitsabteilung des Parlaments sowie der Demokratiewerkstatt und der Parlamentsbibliothek, wo sie von Bibliotheksleiterin Dr. Elisabeth Dietrich-Schulz in die parlamentarischen Informationsnetzwerke ECPRD (European Center for Parliamentary Research) und APKN (African Parliamentary Knowledge Network) eingeführt wurden.

In den Treffen mit dem Parlamentsvize-direktor Alexis Wintoniak und Parlamentspräsidentin Barbara Prammer wurden die Eindrücke und Inhalte der parlamentarischen Kooperation zwischen Österreich und Mosambik eingehend erörtert. Der Parlamentsdirektor bat in den Gesprächen um weitere Unterstützung durch das österreichische Partnerparlament.

Dr. Wolfgang Engeljehring, Dr. Günther Schebeck, der Direktor des mosambikanischen Parlaments Ismael Machaieie, Dr. Igor Metzeltin (Dolmetsch) und Luis Dava bei einem Arbeitsgespräch im Kompetenzzentrum des Österreichischen Parlaments.





Lucia van den Bergh  
"Why Peace Worked – Mozambicans look back"

Es gibt viele Gründe, um Mosambik als „Wunder“ zu betrachten, obwohl es einen ganz anderen Weg hinter sich hat als beispielsweise Südafrika. Das Ende des Bürgerkriegs 1992 und der darauf folgende Friedensprozess in Mosambik sind weltweit als Erfolg angesehen. Es wurde jedoch selten hinterfragt, welche Faktoren dazu beitrugen, dem Land einen einzigartigen Werdegang zu bescheren und zu sichern. In diesem Buch geht Lucia van den Bergh genau diesen Fragen nach.

Mit Unterstützung von AWEPA – zu bestellen auf der AWEPA Homepage unter [www.awepa.org](http://www.awepa.org)

## Workshop in Paris über die Rolle von Parlamenten in der Entwicklungszusammenarbeit

Die nationalen Parlamente sowie das Europäische Parlament spielen eine bedeutende Rolle im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Ihre Abgeordneten können einerseits als gewählte RepräsentantInnen der Bevölkerung legitim, demokratischen Druck auf ihre Regierungen ausüben, damit diese ihre vereinbarten Mittelzusagen für die Entwicklungszusammenarbeit erfüllen. Andererseits können Parlamente als Legislativorgan Einfluss auf die Gestaltung der Entwicklungspolitik ihrer Regierung nehmen. Dieser bedeutenden Rolle der Parlamente sind sich auch die entwicklungspolitisch tätigen NGOs (Non-Governmental Organisations) bewusst. Durch eine verstärkte Kooperation mit ihren nationalen Parlamenten sowie dem Europäischen Parlament kann die demokratische Kontrolle entwicklungspolitischer Maßnahmen in Europa weiter gestärkt werden.

In diesem Zusammenhang organisierte CONCORD, der europäische Dachverband entwicklungspolitischer NGOs, von 27. bis 28. Mai 2010 in Paris den „European Workshop on the role of na-

tional and European parliaments on aid commitments and development cooperation policy“. Neben zahlreichen VertreterInnen entwicklungspolitischer NGOs und nationaler Parlamente aus ganz Europa sowie dem Europäischen Parlament nahm auch die entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen, NR-Abg. Judith Schwentner, an dem Workshop teil.

---

Statement der entwicklungspolitischen Sprecherin der Grünen, NR-Abg. Judith Schwentner:

---

Der Workshop zur Zusammenarbeit zwischen NGOs und ParlamentarierInnen in der Entwicklungszusammenarbeit hat verdeutlicht, welchen besonderen Stellenwert diese eigentlich einnehmen sollte. Im Laufe der zweitägigen Veranstaltung wurde nicht nur klar, dass die Kooperation in den einzelnen Ländern und auf EU-Ebene unterschiedlich fortgeschritten ist. Es wurde vor allem klar, dass in allen europäischen Ländern um die politische und mediale Wahrnehmung von Entwicklungszusammenarbeit gerungen werden muss – ein re-

gelmäßiger Austausch und auch das verstärkte Vertrauen zwischen NGOs und ParlamentarierInnen ist daher für eine effektive Entwicklungszusammenarbeit von besonderer Bedeutung. Wichtig wäre vor diesem Hintergrund ein geregelter, systematischer Austausch zwischen NGOs und ParlamentarierInnen. Der Dialog mit NGOs bereichert die Arbeit von ParlamentarierInnen durch deren Expertise, die gegenseitige Unterstützung gewährleistet nicht zuletzt die Qualität der parlamentarischen Arbeit.

Als künftig besonders relevant, allerdings noch weitgehend vernachlässigt, erscheint als Ergebnis des Workshops außerdem der zu forcierende Austausch innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten der europäischen Union. Egal wie und wo im jeweiligen nationalen Parlament Entwicklungspolitik behandelt wird, sie hat beinahe immer supranationale Relevanz. Der verstärkte Kontakt, auch zum Entwicklungsausschuss des EU-Parlaments, gäbe daher die Möglichkeit einander zu informieren, zu inspirieren und zu stärken.

---

# Money matters!

Der Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs kommt nicht überraschend – budgetäre Vorsorge und strukturelle Begleitmaßnahmen zu den internationalen Zusagen wurden verabsäumt.

Gastbeitrag von Michael Obrovsky, ÖFSE – Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung

Der internationale Vergleich der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA = Official Development Assistance) des Jahres 2009 zeigt deutlich, dass Österreich seine Leistungen im Vergleich zu 2008 am stärksten von allen „Gebern“ gekürzt hat. Rund 31 % betrug die Reduktion der österreichischen ODA. Mit 0,30 % des BNE an ODA-Leistungen lag Österreich im Jahr 2009 weit hinter der für das Jahr 2010 angepeilten und zugesagten Quote von 0,51 % des BNE für öffentliche EZA.

Die Politik versucht diesen Rückgang mit der rezenten Finanz- und Wirtschaftskrise zu erklären und argumentiert weitere Kürzungen der OEZA bis zum Jahr 2014 mit der notwendigen Budgetkonsolidierung. Diese Erklärungsversuche greifen aber vor dem Hintergrund der internationalen Verpflichtungen und Zusagen zur Anhebung der österreichischen ODA-Leistungen, die Österreich in den vergangenen 40 Jahren immer wieder getätigt hat, zu kurz.

Die österreichische Bundesregierung hat bereits im Jahr 1970 bei der UN-Generalversammlung zugesagt, bis zum Ende der 1. Entwicklungsdekade 0,7 % des BSP als öffentliche Entwicklungshilfe aufzubringen. Seit damals gibt es von den österreichischen Bundesregierungen mehr als 20 internationale Vereinbarungen und Zusagen, bei denen Österreich bekräftigt hat, dieses Ziel anzustreben und zu erreichen.

Innerhalb der Europäischen Union hat Österreich die Erreichung der ODA-Quote von 0,7 % des BNE bis zum Jahr 2015 als Beitrag zur Umsetzung der UN-Millennium Deklaration mehrmals bekräftigt. Lässt man die Zeit vor dem

österreichischen EU-Beitritt (1995) außer Acht, dann bleiben immerhin noch 15 Jahre, in denen die jeweiligen Regierungen budgetäre Vorkehrungen zur Erreichung der internationalen Zielsetzungen treffen hätten müssen.

Die Ursache für die fehlenden finanziellen Mittel der österreichischen ODA bei der Finanz- und Wirtschaftskrise zu suchen, prolongiert darüber hinaus noch die Rolle Österreichs als nicht gerade verlässlicher Partner der Partnerländer im Süden und Osten und der EU, denn ohne budgetäre Vorkehrungen und parteipolitisch übergreifende gemeinsame Anstrengungen (z. B. gemeinsame parlamentarische Entschließungsanträge, Festlegung eines verbindlichen ODA Pfades, gesetzliche Verankerung von EZA-Budgets, usw.), die der Realisierung der internationalen Zusagen und Verpflichtungen dienen, wird sich an dieser Situation auch in Zukunft nichts ändern.

Ein erster Schritt wurde zu Anfang des neuen Jahrtausends gemacht: Die Gründung der Austrian Development Agency – ADA im Jahr 2004 erfolgte vor dem Hintergrund einer angekündigten Steigerung der österreichischen ODA-Leistungen.

Im Hinblick auf den Beitrag Österreichs zur Umsetzung der MDGs wurde eine leistungsfähige Agentur geschaffen, mit der österreichische Programme und Projekte professionell organisiert werden können. Die angekündigte signifikante Steigerung blieb aber ebenso wie ein konkreter, verbindlicher Pfad zur Erreichung der ODA aus. Wichtige Teile der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (etwa das ADA-Budget im Haushalt des BMeiA, das für die konkreten

Programme und Projekte der OEZA vorgesehen ist) zählen im Bundeshaushalt noch immer zu den Ermessensausgaben, die bei budgetären Engpässen als erstes automatisch gekürzt werden.

Die Veränderung des österreichischen Haushaltsrechtes hat darüber hinaus dazu beigetragen, dass Budgetobergrenzen für die einzelnen Ressorts bis zum Jahr 2014 im Parlament beschlossen wurden und jeder Bundesminister innerhalb seines Ministeriums Umschichtungen und Einsparungen vornehmen kann.

Um die Budgetobergrenzen einhalten zu können, muss das BMeiA bis zum Jahr 2014 rund € 47 Mio. einsparen. Aus dem BMeiA wird kolportiert, dass im Jahr 2011 Einsparungen in der Höhe von rund € 15 Mio. vor allem die EZA betreffen werden. Dies trifft vor allem die operativen Programme und Projekte der österreichischen EZA, auch wenn vorsorglich Einsparungen im administrativen Bereich angedeutet werden, können Kürzungen bei den Programmen und Projekten – vor allem im Bereich der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit – nicht ausgeschlossen werden.

Einsparungen bei den gesetzlichen verankerten Beiträgen an UN-Organisationen sind nicht vorgesehen.

Wenn das Parlament und die Bundesregierung die internationale Verpflichtung zur Entwicklungszusammenarbeit gemäß den internationalen Vereinbarungen und Zusagen ernsthaft verfolgen möchte, dann müssten gemeinsam über die Parteigrenzen hinausgehende gesetzliche Grundlagen für die Absicherung der ODA-relevanten Budgets

geschaffen werden. Eine österreichische Außenpolitik, die es weiterhin verabsäumt, budgetäre Vorkehrungen für die Umsetzung seiner internationalen Zusä-

gen und Verpflichtungen im Bereich der internationalen Entwicklungspolitik zu treffen, läuft Gefahr, als „hinternational“ abgestempelt zu werden, denn in

der Armutsbekämpfung zählen die konkreten finanziellen Beiträge mehr als vage politische Zusagen.

## 3. Mitgliederversammlung der AWEPA-Sektion Österreich



Die TeilnehmerInnen der 3. AWEPA Mitgliederversammlung der österreichischen Sektion.

Foto: HBF/Icha und Aigner

Am 23. Juni 2010 traf sich die **österreichische Sektion von AWEPA unter dem Vorsitz von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zu ihrer 3. Mitgliederversammlung** im Parlament. An der Versammlung nahmen neben zahlreichen Mitgliedern der AWEPA-Sektion Österreich auch die neue AWEPA-Präsidentin Miet Smet sowie drei mosambikanische Abgeordnete teil, die sich im Rahmen eines Training zu dieser Zeit in Österreich aufhielten.

**Minister of State Miet Smet** betonte in ihrer Rede die bedeutende Rolle der jeweiligen nationalen AWEPA-Sektionen, deren politische Unterstützung die Grundlage für die Finanzierung von AWEPA-Programmen darstellt. Für Oktober dieses Jahres ist daher ein Treffen der Sektionsvorsitzenden in Brüssel geplant, in dessen Rahmen Erfahrungen und Informationen über die Aktivitäten der jeweiligen AWEPA-Sektion ausgetauscht werden können. **NR-Abg. Wolfgang Pirkhuber** berichtete im An-

schluss über seiner Teilnahme an einem parlamentarischen Monitoring-Besuch in Burkina Faso, das vom Parliamentary Network on the World Bank (PNoWB) in Kooperation mit AWEPA organisiert wurde. Im Rahmen ihres Aufenthalts bekam die Delegation, bestehend aus 15 Abgeordneten aus Afrika, Asien und Europa, die Möglichkeit, von der Weltbank finanzierte Projekte zu besichtigen und deren Erfolg persönlich zu bewerten.

**AWEPA Council Member Inge Jäger** berichtete abschließend über die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem mosambikanischen Parlament im Rahmen des Projekts „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ und verwies auf die erfreuliche Tatsache, dass die AWEPA-Sektion Österreich bereits **71 Mitglieder** stark ist, was den hohen Stellenwert Afrikas im österreichischen Parlament widerspiegelt.



Abb. rechts: NR Wolfgang Pirkhuber berichtet über seinen Besuch in Burkina Faso.

Abb. rechts außen: Die neue AWEPA-Präsidentin, Minister of State, Miet Smet.

Foto: HBF/Icha und Aigner

# AWEPA Seminar für Abgeordnete der SADC Region:

„Beitrag von Parlamenten zur effektiven Entwicklungszusammenarbeit“

Abgeordnete der nationalen und regionalen Parlamente der SADC (Southern African Development Community) Region trafen sich in der letzten Aprilwoche (27. bis 29. April) in Arusha/Tansania, um zu diskutieren, wie sich ParlamentarierInnen besser in den Prozess der Erhöhung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit einbinden können. Einen Schwerpunkt stellte die Frage nach den Methoden dar, mit denen es gelingen soll, ODA-Flüsse (Overseas Development Assistance) vom Norden in den Süden besser kontrollieren zu können.

Regierungen sollen bezüglich der Qualität als auch der Quantität, der für ihr Land bezogenen Hilfe, zur Rechenschaft gezogen werden können.

Es wurde festgehalten, dass dies nur möglich ist, wenn Parlamente von Beginn an über die Verhandlungsprozesse zwischen Gebern und ihren Regierungen informiert sind und über alle ODA Beiträge, die in ihr Land fließen, rechtzeitig und ausreichend Daten erhalten. Dies ist derzeit nicht der Fall. In diesem Zusammenhang wurde von den Abgeordneten auch ein Einblick in die Beiträge gefordert, die an zivilgesellschaftliche Organisationen gehen. Nur so sei es ihnen möglich, einen ausreichenden Überblick zu haben und ihrer Aufgabe als Kontrollorgan zu entsprechen.

Die Abgeordneten merkten an, dass die rechtliche Voraussetzung für eine gute Kontrolle an sich in entsprechenden

Gesetzen verankert ist, ihnen derzeit jedoch noch sehr oft die personellen Kapazitäten und auch die technischen Ausstattungen fehlen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Sie fordern hier Unterstützung von Seite der Geber, u. a. in Form von Programmen für Schulungen und Geldern für den Ankauf von technischen Ausstattungen.

Am Ende der Veranstaltung wurde ein Papier, der „SADC Regional Parliamentary Plan of Action on Aid Effectiveness“ verabschiedet.

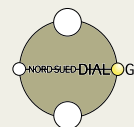
## Wir danken für die Zusammenarbeit!

Das Team des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs bedankt sich sehr herzlich bei Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und allen MitarbeiterInnen der einzelnen Abteilungen des Österreichischen Parlaments, die durch ihr Engagement und ihre Kompetenz eine reibungslose und erfolgreiche Durchführung des Trainings der drei Abgeordneten des mosambikanischen Parlaments im Juni 2010 unterstützt haben.

[www.nordsued-dialog.org](http://www.nordsued-dialog.org)

Besuchen Sie unsere Website!

Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)  
Hollergasse 2-6 | A-1150 Wien | Österreich | FN294642Y HG Wien  
Tel: +43 (0) 1 89 145-343  
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org  
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Inge Jäger, Michael Fink  
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net  
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und Autorinnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Projektlaufzeit (Juli 2008 bis Juni 2010) insgesamt achtmal herausgegeben.

